

Mit Donald Trump weiß man immerhin, woran man ist

Duell Biden gegen Sanders

Wenn es ernst wird, vertrauen auch die Progressiven lieber alten, weißen Männern: Joe Biden oder Bernie Sanders. Die Kongressabgeordnete Tulsi Gabbard ist faktisch aus dem Rennen, seit Hillary Clinton die 38-jährige Irakkriegsveteranin als russische Spionin bezeichnete. Elizabeth Warrens Programm ähnelte dem des britischen Labour-Chefs Jeremy Corbyn: Mehr Mitbestimmung, Finanztransaktionssteuer und das Ende von Firmenübernahmen durch Beteiligungsgesellschaften.

Bernie Sanders hat zwar noch sozialistischere Ideen zur Umgestaltung der US-Wirtschaft im Sinne, aber deren Umsetzung ist kaum wahrscheinlich, weil er noch weniger Unterstützung bei den traditionellen Demokraten im Kongress hat. Im Mittelpunkt der Programme der demokratischen Präsidentschaftsbewerber steht das Gesundheitssystem, das ein Fünftel der US-Wirtschaftsleistung verschlingt, aber eine weniger gesunde Bevölkerung produziert als die billigeren Systeme Europas.

Unter Obama löste die Erweiterung des Versicherungskreises einen Boom bei Krankenhausbetreibern, Pharmafirmen und Laborbetreibern aus. Versicherungen und Versicherte trugen die Kosten und hatten das Nachsehen. Biden will Obamacare ausbauen und den Anteil der nicht-versicherten Amerikaner von acht auf drei Prozent senken. Das würde einen ähnlichen Branchenboom wie einst unter Obama auslösen. Sanders will das gesamte Gesundheitssystem

verstaatlichen – eine Katastrophe für US-Firmen. Preiskontrollen hätten auch Auswirkungen auf deutsche Pharma- und Gesundheitskonzerne wie Fresenius. Unter Donald Trump dürfte sich außer geringfügigen Verbesserungen am System nicht viel ändern. Richtig schwierig könnte es hingegen beim Freihandel werden, würde Trump abgelöst. Mit Trump weiß man immerhin, woran man ist. Doch schon bei der Ratifizierung der neuen nordamerikanischen Freihandelszone USMCA im Repräsentantenhaus haben die Demokraten eine noch härtere Gangart als Trump eingelegt. Das Abkommen mußte mit Verschärfungen nachverhandelt werden.

Denn die Demokraten haben die Gewerkschaften, die traditionell gegen Freihandel stehen, als Wähler an Trump verloren und versuchen sie nun durch Härte im Außenhandel zurückzugewinnen. Das bedeutet kurzfristig für den Wahlkampf, daß Abkommen mit der EU ein Thema werden könnten, wenn die Coronavirus-Panik ab-

gekungen ist. Langfristig, mit Biden oder Sanders im Weißen Haus, werden die Verhandlungen der Europäer mit den USA eher noch schwieriger als mit Trump. An der Börse würde Trumps Wiederwahl eher positiv aufgenommen, Biden eher Langeweile auslösen. Bereits im Vorfeld der Wahl dürfte eine Nominierung Sanders, und erst recht Erfolge in Umfragen, die Kurse stark erschüttern, so daß die eigentliche Wahl dann aber kein großes Börsenereignis mehr wäre.



VON
THOMAS
KIRCHNER

»Bei Börsianern würde Trump Wiederwahl begrüßt, Biden eher Langeweile auslösen.«

München sticht Berlin bei der Automesse IAA aus

Grüner Ruin

Von Ronald Gläser

Die IAA 2021 geht nach München – statt nach 70 Jahren nach Berlin zurückzukehren. Der Autoindustrieverband VDA hat leider gute Gründe für diese Entscheidung, denn in der Hauptstadt soll der alte Grünen-Traum von der „autofreien Stadt West-Berlin“ Wirklichkeit werden: Bis 2030 will Verkehrssenatorin Regine Günther Benzin- und Dieselmotoren verdrängen. Nur noch Teslas für Besserverdiener? Grüne Gentrifizierung? In Berlin brannten 2019 fast 600 Autos – Tendenz steigend.

In Kreuzberg werden grüne Punkte auf die Straße gemalt für 146.500 Euro und Findlinge am Straßenrand verteilt. Per Fahrradgesetz werden Straßen umgemünzt. Dieserverbotzonen, Tempo 10, Blitzer – da hilft es wenig, daß Berlin einen Cityflughafen hat, denn der Senat will Tegel gegen den erklärten Volkswillen schließen. Die grüne Wirtschaftssenatorin Ramona Pop beklagte die VDA-Absage, aber sie sei nicht bereit gewesen, die Messe via Subventionen zu kaufen. Das klingt nach Ludwig Erhard, aber ihre

eigene Verwaltung hat kürzlich einen neuen Subventionsfonds für die Filmbranche aufgesetzt. Das rot-rot-grüne Berlin verteilt genauso bedenkenlos Steuergelder wie andere Bundesländer. Es fehlte der Wille für die IAA. Die Grünen-Basis war dagegen. Wohl deshalb fuhr Pop nicht selbst zur Präsentation. Sie ließ sich von einem Team um Jürgen Klinsmann vertreten.

Der warf frustriert wenige Tage später als Coach des abgerutschten Bundesligisten hin und kehrte der Hauptstadt den Rücken. Das paßt zu seinem gescheiterten Engagement zugunsten der IAA. Die Bewerbung Berlins war ein einziges Trauerspiel. Da war die Tatsache, daß es in München mehr als hundertmal so viele Jobs in der Automobilindustrie gibt, nur noch ein Mini-Argument. Schade. Berlin hat eine Chance vergeben. Wenn die Stadt so weitermacht, werden weitere Niederlagen folgen. Kann eine Stadt noch weiter sinken?

Ronald Gläser ist Vizefraktionschef der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus.

Corona-Hilfen durchaus möglich

Schuldenbremse: Eine generelle Aufhebung würde gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit verstoßen

DIRK MEYER

In weiser Voraussicht ließ sich Odysseus an den Mast seines Segelschiffes binden. Er wollte nicht dem Gesang meist weiblicher Fabelwesen erliegen und so auf ein Riff laufen. Ganz ähnlich sind Verfassungen Instrumente der Selbstbindung. Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat oder gar Änderungsausschlüsse (Artikel 79 Grundgesetz, GG) stellen einen Schutz gegen (vor)schnelle Korrekturen des Grundgesetzes dar. Dies verhindert eine Kurzsicht zu Lasten künftiger Gestaltungsspielräume.

Die 2009 eingeführte „Schuldenbremse“ (Artikel 109 Absatz 3 GG) ist so eine Selbstbindung, um unter anderem der Generationengerechtigkeit Sorge zu tragen. Der US-Philosoph John Rawls (1921–2002) formulierte das zugrundeliegende Problem: Wie läßt sich eine gesellschaftliche Ordnung vereinbaren, so daß „langfristig und generationenübergreifend ein faires, leistungsfähiges und produktives System der sozialen Kooperation aufrechterhalten werden kann“?

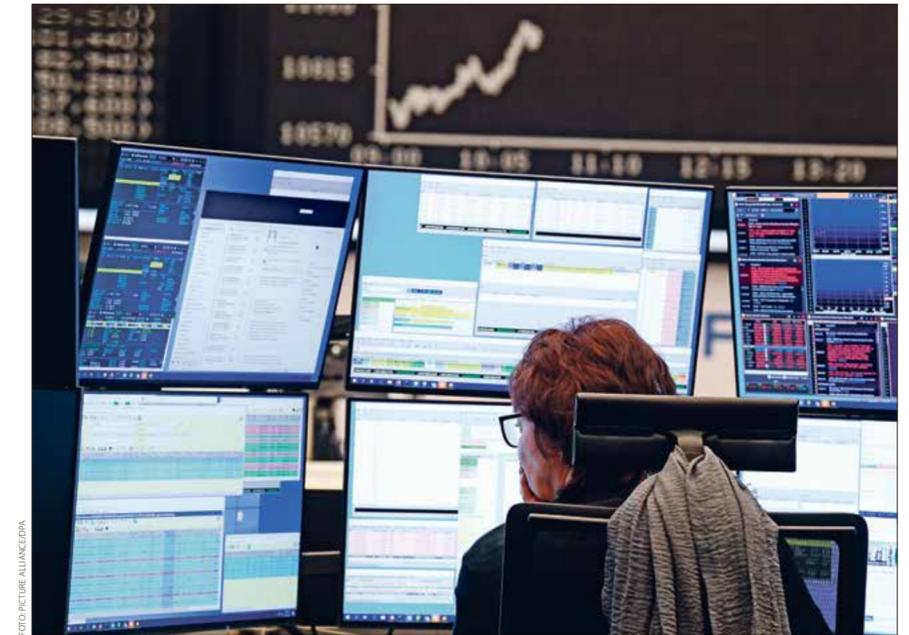
Zentrale Bausteine einer Lastenteilung zwischen den Generationen sind Investitionen einerseits und Kredite andererseits. Da jede Generation im günstigen Fall von den Zukunftsanstrengungen ihrer Vorgängergeneration einen Nutzen zieht, wäre bereits eine Abkehr von der Leitlinie einer Nettoinvestition (Bruttoinvestition abzüglich Abgänge/Verschleiß) von Null – nach oben wie nach unten – begründungsbedürftig.

Hoher kommunaler Investitionsrückstand

Dies rechtfertigt zugleich den zentralen Satz der deutschen „Schuldenbremse“: „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen“ – dazu darf noch eine Neuverschuldung von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufgenommen werden. Bestrebungen zur Aufweichung oder gar Abschaffung dieser Regel kommen aus verschiedenen politischen Richtungen – von den Linken, der SPD, den Grünen, den Gewerkschaften und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bis hin zum Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln sowie dem Industrieverband BDI.

Steuersenkungen für Konsumausfälle?

Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) hält angesichts der Corona-Krise Liquiditätshilfen für notwendig. „Es ist wirtschaftspolitisch sinnvoll, ansonsten gesunden Unternehmen bei einem solchen unvorhersehbaren externen Schock-Ereignis unter die Arme zu greifen“, erklärte IfW-Präsident Gabriel Felbermayr. Überbrückende Maßnahmen seien geeignet, einen übermäßigen Anstieg der Arbeitslosigkeit oder Firmenpleiten zu verhindern. Das Vorziehen der Soli-Abschaffung wäre prinzipiell zu begrüßen, dies würde aber mit Blick auf die Konsumausfälle



Aktienhändlerin auf dem Parkett der Frankfurter Wertpapierbörse: SPD-Finanzminister Olaf Scholz verspricht, daß in der aktuellen Corona-Krise „immer genügend Liquidität für die Wirtschaft zur Verfügung steht“

Zwei Gründe werden angeführt: Erstens wird ein insbesondere auch kommunaler Investitionsrückstand hervorgerufen. Gemäß KfW-Kommunalpanel beträgt allein der Investitionsstau bei Städten und Gemeinden 138,4 Milliarden Euro (2019). Das IW bezifferte vergangenes Jahr den Nachhol- und Modernisierungsbedarf für die nächsten zehn Jahre auf 450 Milliarden Euro.

Zweitens seien die derzeitigen Rahmenbedingungen für eine weitere Neuverschuldung denkbar gut. Die deutsche Staatsschuldenquote lag im Februar bei 58,4 Prozent und damit unter der Maastricht-Grenze von 60 Prozent. Da der nominelle Durchschnittszins deutscher Staatsschulden mit derzeit 1,49 Prozent niedriger ist als die nominelle Wachstumsrate von 2,75 Prozent sinkt die Staatsschuldenquote ohne eine Neuverschuldung. Nach Abzug der Zinszahlungen bleibt dem Staat ein Kreditspielraum, ohne daß die Schuldenquote steigt. Rein rechnerisch – denn die so finanzierten Investitionen müssen sinnvoller/rentierlicher sein, als sie bei privater Mittelverwendung wären.

Darüber hinaus können langfristig negativ wirkende Effekte des demographischen Wandels (geringere Rate des technischen Fortschritts, soziale Versorgung), konjunkturelle Rückläufe und „Schwarze Schwäne“ wie die Weltfinanzkrise (2008), die Euro-Staatsschuldenkrise (2010) oder aktuell Coronavirus-Epidemie die guten Aussichten zunichte machen. Schließlich ist die 60-Prozent-Staatsschuldenquote kein Ziel, sondern ein Grenzwert, zu dem ein Sicherheitsabstand geboten ist.

Gesamtschuldnerische Haftung bei Euro-Bonds

Finanzminister Olaf Scholz (SPD) will aktuell die Kommunen entschulden und Kassenkredite von bis zu 42 Milliarden Euro übernehmen. Zudem will er auch im Zuge der Corona-Krise „dafür sorgen, daß immer genügend Liquidität für die Wirtschaft zur Verfügung steht“. Das IW wirbt seit Monaten für einen kreditfinanzierten „Deutschlandfonds“ in Höhe von 450 Milliarden Euro – verteilt über zehn Jahre als Sonderhaushalt, neben der „Schuldenbremse“ (JF 45/19). Anträge im Bundestag von Linken und Grünen drängen auf eine entsprechende Grundgesetzänderung.

Gemäß IfW-Direktor Michael Hüther würde ein „Investitions- und Innovationsrat“ als eigenständig handelndes Gremium die Auswahl der Projekte steuern und bewerten: „DDR-light“ mit zentralwirtschaftlicher Lenkung unter Selbstentmachtung des Parlaments. Der Kreditspielraum von 0,35 Prozent der „Schuldenbremse“ kann dann für konsumtive und umverteilende Zwecke und somit ohne Mehrwert für künftige Generationen genutzt werden.

Doch nicht nur Deutschland hat Aufholbedarf. Die EU-Kommission trommelt zum „Green Deal“ (JF 6/20). Zum Ausbau europaweiter Strom- und

Bahnnetze schlägt Hüther einen EU-Investitionsfonds vor, der über die Europäische Investitionsbank (EIB) zu finanzieren wäre. Mit der Ausgabe von „gemeinsamen Bonds“ (EU-Anleihen) würden zugleich sichere Kapitalanlagen bereitgestellt, für die durchaus eine hohe Nachfrage besteht. Das Problem: Nur Eurobonds mit gesamtschuldnerischer Haftung aller Mitgliedstaaten wären hinreichend sicher – eine Sicherheit, für die vorrangig Deutschlands Bonität genutzt würde. Und sollte dann der Euro-Rettungsschirm ESM eingebunden werden, würden die aufgrund von Kreditausfällen notwendigen Kapitalerhöhungen unter den Investitionsbegriff fallen – ein perpetuum mobile.

Es spricht daher viel dafür, an der „Schuldenbremse“ festzuhalten. Nicht nur, daß ihre Bewährungsprobe noch aussteht, denn für die Jahre 2016 bis 2018 weist das fiktive Kontrollkonto aufgrund guter Konjunktur einen Positivsaldo von 37,2 Milliarden Euro aus. Inklusive eines strukturellen Defizits von 0,35 Prozent wäre ein zusätzliches jährliches Investitionsvolumen von etwa 25 Milliarden Euro möglich gewesen.

Zudem besteht der größte Investitionsbedarf bei den Kommunen, die von der Schuldenregel gar nicht erfaßt werden. Ebenso wären ein Konjunkturpaket oder Corona-Hilfen an Firmen (Bürgschaften, Kurzarbeit) kreditfinanziert möglich – nur wäre der Defizitsaldo auf dem Kontrollkonto zeitnah zu tilgen. Schließlich könnten fehlende investive Mittel durch Umschichtungen aus dem Staatskonsum (Sozialleistungen) freigemacht werden. Doch dann wäre der Gürtel enger zu schnallen – warum, wenn es auch leichter über Kredit geht?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Aktuelle Anhörung im Haushaltsausschuß: [bundestag.de/presse/hib/684692-684692](https://www.bundestag.de/presse/hib/684692-684692)

Deutschland, wie Sie es noch nie erlebt haben!

Sagenhafte
Bilder auf DVD
in HD-Qualität



Deutschland von oben
Der Kinofilm

DVD, Laufzeit 114 Min.
Best.-Nr. 92720
9,99 Euro

DVD
9,99



Deutschland von oben,
ein Wintermärchen

DVD, Laufzeit 114 Min.
Best.-Nr. 93778
13,99 Euro

DVD
13,99



Deutschland-Saga

Woher kommen wir?
Was eint uns?
Wer sind wir?

Christopher Clark
Deutschland-Saga

2 DVDs, Laufzeit: 270 Min.
Best.-Nr. 93239
18,99 Euro

2 DVDs
18,99